

Schriftliche Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke  
vom 2. Mai 2011  
(Monat Mai 2011, Arbeits-Nr. 5/303)

---

Frage:

*Wie oft seit Beginn des Jahres hat sich das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR an die Bundesregierung oder an die EU gewandt und um Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen gebeten, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, und was waren jeweils die Reaktionen der Bundesregierung auf diese Hilfsersuchen?*

Antwort:

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hat sich in einem Brief vom 15. März dieses Jahres jeweils an den Präsidenten der Europäischen Kommission, die Ratspräsidentschaft und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewandt und um Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen gebeten. In diesem Zusammenhang liegt auch ein Brief des UNHCR jeweils an den Bundesminister des Auswärtigen sowie den Bundesminister des Innern vor. Des Weiteren hat der UNHCR dem Bundesministerium des Innern in Kopie einen entsprechenden Brief vom 6. April 2011 an die ungarische Ratspräsidentschaft übersandt.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen und seinen Nachbarstaaten sind auch Thema der Treffen der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union im April und Mai dieses Jahres in Brüssel gewesen. Es ist auch bei einem Treffen des Bundesministers des Innern mit dem Vertreter des UNHCR für Deutschland und Österreich im Mai dieses Jahres erörtert worden. Fragen der Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen hat der UNHCR im März dieses Jahres auch mit Vertretern möglicher Aufnahmestaaten, darunter Deutschland, auf Arbeitsebene geführt.

Eine Auflistung aller Anlässe, bei dem das Thema seitens UNHCR gegenüber Vertretern der Bundesregierung oder der EU angesprochen wurde, wurde nicht geführt.

In den Stellungnahmen der Vertreter der Bundesregierung ist darauf hingewiesen worden, dass es in der gegenwärtigen Situation in Nordafrika insbesondere darauf ankommt, humanitäre Hilfe zu leisten. Ferner ist darauf verwiesen worden, dass für Deutschland - das eine lange Tradition umfangreicher Aufnahme schutzbedürftiger Personen aus Krisenregionen hat, das weltweit zu den führenden Aufnahmestaaten von Flüchtlingen gehört und mit Abstand der führende Aufnahmestaat unter den westlichen Industriestaaten ist - derzeit angesichts stark gestiegener Asylbewerberzahlen kein großer Spielraum für weitere Aufnahmen besteht.